IASS POLICY BRIEF 1/2020

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)
Potsdam, Januar 2020

Prozesse für gerechte Zukunftsgestaltung: Empfehlungen für die Reaktion auf Fridays for Future

© istock/Benjavisa Ruangvaree Art

Dieser Policy Brief wurde von Elizabeth Dirth (IASS) verfasst.

Der Policy Brief beruht auf drei Jahren Forschung zu wirksamen Governance-Mechanismen im Sinne zukünftiger Generationen, fünf Jahren Arbeit im Zusammenhang mit der Gründung und Führung einer auf Klimafragen ausgerichteten Jugendorganisation (2050 Climate Group) und zwei Jahren Unterstützung für den Kapazitätsaufbau im Bereich Klimaschutz in lokalen Regierungen. Die vorliegend genannten Empfehlungen wurden während des IASS-Fellowships von Elizabeth Dirth im Jahr 2019 zusammengetragen. Die Forschungsaktivitäten umfassten im Einzelnen die Sekundärforschung anhand vielfältiger wissenschaftlicher und grauer Literatur, zehn Interviews, eine Umfrage unter Klimastreikenden von unterschiedlichen Orten sowie fünf Workshops.

Die Autorin bedankt sich bei Kathleen Mar, Charlotte Unger, Frederic Hanusch, Michael Palmer, Giulia Molinengo, Mike Elm, Catriona Patterson, Daniel Oppold, Jeremias Herberg and Anne-Katrin Holfelder für ihre Beiträge und die Entwicklung des Zukunftsinstrumentariums.

Dieser **IASS Policy Brief** ist folgendermaßen zu zitieren: Dirth, E. (2020): Prozesse für gerechte Zukunftsgestaltung: Empfehlungen für die Reaktion auf Fridays for Future, IASS Policy Brief, Januar 2020.

Zusammenfassung

Im Laufe des Jahres 2019 strömten Millionen junge Menschen auf die Straßen, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern. Seit Jahrzehnten wissen wir, dass der Klimawandel das Wohlergehen der zukünftigen Generationen gefährdet, aber erst im letzten Jahr ist die Welt aufgewacht. Plötzlich haben die kommenden Generationen ein Gesicht: Es handelt sich um junge Menschen, die ihre Anliegen organisiert und wirksam zu Gehör bringen und sich in Bezug auf ihre Lebensgrundlagen und ihre Zukunft nicht mit leeren Worten zufriedengeben.

Bei der Reaktion auf die Bewegung Fridays for Future stehen wir vor einer **doppelten Herausforderung**: Es geht nicht nur um besseren Klimaschutz, sondern auch darum, angemessen auf junge Menschen zuzugehen. Wir müssen ihre Rolle für eine gerechte Zukunftsgestaltung sowie die Art und Weise, wie wir die Zukunft in politische Prozesse einbeziehen, überdenken. Diese neue Dynamik bietet Gelegenheit für tief greifende Maßnahmen. Doch bis jetzt gleichen die Reaktionen auf Fridays for Future eher unzureichenden Alibiübungen. Die Ziele von Fridays for Future – Klimaschutz und eine gute Zukunft für junge Menschen und kommende Generationen – beruhen auf einem grundlegenden Wert: Gerechtigkeit. Angeprangert wird die ungerechte Tatsache, dass die jungen Menschen und zukünftigen Generationen eine existenzielle Bedrohung erben, die sie nicht verursacht haben.

Der vorliegende Policy Brief enthält Empfehlungen für eine angemessene Reaktion auf diese Anliegen und auf Fridays for Future, die drei zentrale Aspekte einbezieht: die Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen, partizipatorische Zukunftsgestaltung sowie Klimagerechtigkeit für junge Menschen und kommende Generationen. Der Policy Brief wird zusätzlich zu einem Zukunftsinstrumentarium veröffentlicht, das eine praktische, dem Kontext angepasste Reaktion ermöglichen soll.[1]

- **Empfehlung Nr. 1**
  Integration: Die politischen Entscheidungsträger/-innen sollten dem Kontext angepasste Methoden verwenden, um die Zukunft in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.
  Dies kann durch die Einbindung neuer Elemente (z. B. zusätzlicher Haushaltskontrollen) in bestehende Prozesse oder durch die Reform von Aufgabenbereichen bereits vorhandener Organe oder Prozesse erfolgen.

- **Empfehlung Nr. 2**
  Teilhabe: Die politischen Entscheidungsträger/-innen sollten partizipatorische Prozesse einsetzen, die als Grundlage und Maßstab für ihre Entscheidungen dienen.
  Dabei kann es sich entweder um partizipatorische Prozesse handeln, die speziell auf junge Menschen abgestimmt sind, oder um allgemeinere gesellschaftliche Prozesse wie Bürgerversammlungen.

- **Empfehlung Nr. 3**
  Vorstellungsfähigkeit: Die politischen Entscheidungsträger/-innen sollten kreative, einfallsreiche Techniken nutzen, um sich mit der Zukunft zu befassen und eine neue kollektive kulturelle Vorstellungsfähigkeit aufzubauen.
  Nur mit einer neuen kollektiven kulturellen Vorstellungsfähigkeit können wir das Zeitalter der fossilen Energien hinter uns lassen. Techniken wie Visionsgestaltung und Backcasting sowie weitere experimentelle und kreative Methoden können dabei eine wichtige Rolle spielen.

[1] https://www.iass-potsdam.de/de/ergebnisse/publikationen/2019/handreichung-zur-zukunftsgestaltung-ein-instrumentarium-fuer-die

Eine intergenerationelle Krise und die Notwendigkeit einer gerechten Zukunftsgestaltung

Die Gefahr durch den Klimawandel ist sichtbarer denn je. Noch nie erhielt sie mehr öffentliche Aufmerksamkeit als heute. Zurückzuführen ist dies zum Teil auf Fridays for Future und zum Teil auf eine Reihe von Naturkatastrophen und wichtigen klimapolitischen Ereignissen in den Jahren 2018 und 2019 – von zerstörerischen Wirbelstürmen in Ostafrika bis hin zu Hitzerekorden in Europa, vom IPCC-Sonderbericht über 1,5 °C globale Erwärmung, der die zerstörerische Wirklichkeit eines Temperaturanstiegs um 2 Grad beschreibt, bis hin zum Bericht des Weltbiodiversitätsrats (IPBES), der die Krise zahlreicher Ökosysteme auf der Welt aufzeigt. So viele gute Gründe und so viel Motivation, endlich zu handeln, gab es noch nie. Und trotzdem: Selbst angesichts dieser Ereignisse bleiben die ergriffenen Maßnahmen unzureichend, und sie haben nicht die Dringlichkeit, die der Schwierigkeit und dem Ausmaß der Probleme angemessen wäre.

Lange haben wir eine kognitive Distanz zwischen uns und der Realität des Klimawandels aufrechterhalten, den wir als in der Zukunft liegendes Problem ansahen. Doch jetzt übernehmen im Kontext der Klimakrise die jungen Leute die Hauptrolle, und viele Menschen können sich relativ einfach mit diesen Protagonisten identifizieren.[2] Überall auf der Welt haben junge Menschen die unmittelbare Gefahr durch den Klimawandel für ihr Leben begriffen. Sie bringen das Thema in die Gegenwart und stellen Fragen, die auf die zentrale Funktionsweise unserer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systeme abzielen. Um auf ihre Forderungen zu reagieren, müssen wir uns ernsthaft mit der Zukunft – mit ihrer Zukunft – befassen, und zwar auf eine für uns bislang ungewohnte Art und Weise.

Abbildung 1:
Überblick über die sechs im Zukunftsinstrumentarium beschriebenen Prozesse für eine gerechte Zukunftsgestaltung.

Quelle:
Elizabeth Dirth

[2] In einem kürzlich erstellten Blog-Artikel erörtert die Autorin die sich verändernden Konzepte genauer: https://www.iass-potsdam.de/en/blog/2019/09/responding-fridays-future-and-youth-movement-climate-justice.

Generationsübergreifende Gerechtigkeit

Bei Fridays for Future geht es um Klimaschutz und die Zukunft junger Menschen, aber auch um einen grundlegenden Wert: Gerechtigkeit. Denn Klimagerechtigkeit betrifft nicht nur die tief verwurzelten Spannungen und Ungerechtigkeiten, die zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, zwischen sogenannten Industrie- und Entwicklungsländern, zwischen Arm und Reich bestehen, sondern auch die intergenerationelle Dimension.[3] Und genau das treibt die jungen Menschen auf die Straße: die stark empfundene Ungerechtigkeit.

Zum einen bietet sich die einmalige Gelegenheit, die wachsende Dynamik für den Systemwandel zu nutzen, der zur Inangriffnahme der Klimakrise notwendig ist. Zum anderen besteht aber die realistische Gefahr, dass die Reaktionen nicht mehr als unzureichende Alibiübungen bleiben. Die Reaktionen müssen der doppelten Herausforderung gerecht werden, vor die uns die Bewegung stellt. Es geht nicht nur um besseren Klimaschutz, sondern auch darum, angemessen auf junge Menschen zuzugehen. Wir müssen ihre Rolle bei der Zukunftsgestaltung sowie unser Verhältnis zur Zukunft im Allgemeinen überdenken. Besonders erschwert wird dies durch die Tatsache, dass es nur sehr wenige Beispiele für eine wirkungsvolle Einbindung und Teilhabe der jungen Generation gibt und dass die Reaktionen allzu oft heuchlerisch oder herablassend ausfallen. Dazu kommt, dass wir uns in politischen Prozessen oft nicht ausreichend mit der Zukunft beschäftigen. Die Zukunft wird häufig so behandelt, als ob sie sich außerhalb des normalen Alltagsgeschäfts befände – ohne die Einsicht, dass es eine der zentralen Aufgaben von Regierungen ist, das langfristige Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und des Landes sicherzustellen. Bisher hat uns diese doppelte Herausforderung Probleme bereitet. Wir haben es versäumt, einen Zusammenhang zwischen den Forderungen der Klimawissenschaft einerseits und den Methoden und Prozessen einer integrativen, gerechten Zukunftsgestaltung andererseits herzustellen.

Statt Pressemitteilungen und Podiumsdiskussionen brauchen wir eine Debatte über Teilhabe und Einbindung und müssen dabei Ungerechtigkeiten offen ansprechen. Wir müssen Fragen stellen wie: Was bedeutet es, das Wohlergehen der zukünftigen Generationen zu berücksichtigen? Wie leiten wir die notwendige Veränderung der Werte, Prozesse und Ziele unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme ein? Welche Arten von Prozessen sind zielführend und funktionieren für uns?

Eine junge Freiwillige leitet in Schottland eine Sitzung mit über 100 jungen Menschen, auf der gemeinsam eine CO_2-arme Zukunftsvision entworfen wird. Quelle: 2050 Climate Group 2017.

[3] Eine weiterführende Erörterung anderer Ungerechtigkeiten durch den Klimawandel findet sich bei Dirth, E. (2020): What about the people that already live there? Intersections of climate change and social justice. Amnesty International Strategic Studies Series.

Ein Zukunftsinstrumentarium

Die drei hier vorgestellten Empfehlungen fassen die vielfältigen Ideen und Möglichkeiten, die im Zukunftsinstrumentarium beschrieben werden, unter drei Hauptthemen zusammen. Sie konzentrieren sich auf Regierungsprozesse und nicht auf spezifische politische Veränderungen, weil sie die eigentliche Ursache politischer Kurzsichtigkeit in Angriff nehmen sollen, statt bestimmte Ziele, Absichten oder Vorschriften vorzugeben.

Das Zukunftsinstrumentarium enthält eine Aufstellung von Möglichkeiten. Dazu gehören Instrumente zur Abschätzung und Integration der Folgen für die Zukunft, partizipatorische Prozesse für die Zukunftsgestaltung, spezialisierte, divers zusammengesetzte Beiräte innerhalb der Regierung, die beratschlagende Bürgerbeteiligung, Techniken zur Einbeziehung von Anliegen zukünftiger Generationen in bestehende institutionelle Aufgabenbereiche und Prozesse sowie die Reform der Messgrößen und Kennzahlen für Fortschritt. Bei der Aufstellung dieser Möglichkeiten entstanden die drei zentralen Konzepte Integration, Teilhabe und Vorstellungsfähigkeit, die den Schwerpunkt des vorliegenden Policy Brief bilden.

Integration

Es gibt zahlreiche Arbeiten zum Thema Integration bei der politischen Entscheidungsfindung, insbesondere im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Dieser auch als „Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung“ bezeichnete Ansatz findet in letzter Zeit insbesondere bei der OECD Anklang. Die Debatte über Politikkohärenz deutet auf einen zentralen Widerspruch hin, der dem gesamten Konzept der nachhaltigen Entwicklung innewohnt: Das Prinzip an sich ist allumfassend, aber dennoch wird es oft als gesondertes Politikfeld oder durch eine eigene Abteilung oder Einrichtung umgesetzt. Und zwar trotz der Tatsache, dass es in der Gesellschaft nichts gibt, das nicht dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung unterliegen sollte. Man geht weiterhin davon aus, dass besondere Strategien, Methoden oder ganze Einrichtungen notwendig wären, damit das Konzept der nachhaltigen Entwicklung Aufmerksamkeit und Unterstützung erhält und ein entsprechendes Bewusstsein entsteht. Dies widerspricht jedoch der Realität: Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung können nur mit einem die gesamte Gesellschaft umfassenden Ansatz erreicht werden.

Dem gleichen Widerspruch begegnet man auch beim Klimawandel. Allzu oft kapseln wir den Klimaschutz in einem eigenen Bereich ab, was der Tatsache zuwiderläuft, dass der Klimawandel vielfältige Ursachen hat. Dementsprechend ist der Ansatz, dass Zukunftsgestaltung und Klimaschutz in die Prozesse aller Politikbereiche integriert werden müssen, damit die vielfältigen gesellschaftlichen Faktoren zum Ausdruck kommen, einer der Schwerpunkte des Zukunftsinstrumentariums. Nur wenn wir über einzelne Politikfelder hinausblicken und Prozesse und Methoden einführen, die einen integrierten Ansatz ermöglichen, können wir uns tatsächlich mit dem Klimawandel befassen und eine nachhaltige, gerechte Zukunft gestalten. Dafür sind Prozessinnovationen notwendig – und jede Option des Zukunftsinstrumentariums leistet dazu einen Beitrag.

Teilhabe

Lange Zeit haben viele Regierungen das Regieren als einen Vorgang angesehen, der gegenüber den Menschen, nicht aber mit den Menschen erfolgt. Diese Mentalität kann bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Apathie und Vertrauensverlust führen, was in repräsentativen bzw. demokratischen Regierungsformen den Gesellschaftsvertrag zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits und der Regierung andererseits gefährdet. Die Erkenntnis, dass die partizipatorische, beratschlagende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht nur dazu dient, diese in politische Prozesse einzubinden, sondern dass sie auch sinnvolle, auf Konsens beruhende Lösungen für schwierige, umstrittene Themen herbeiführen kann, setzt sich allmählich durch. In der Folge spricht man mehr und mehr über neue Formen der **Teilhabe**. Partizipatorische Prozesse können die Teilhabe und das Gefühl von Gerechtigkeit fördern. Allerdings dürfen sie nicht nur zum Schein existieren. Teilhabe, die nicht über oberflächliche Befragungen oder einen Informationsaustausch hinausgeht, erzielt nicht den gleichen

Nutzen für die Zivilgesellschaft und bietet der politischen Entscheidungsfindung nicht die gleiche Orientierung wie eine echte partizipatorische Teilhabe.[4]

Vorstellungsfähigkeit

Wenn wir anders über die Zukunft denken wollen, müssen wir eine neue sozio-kulturelle **Vorstellungsfähigkeit** finden. Kultur, Kunst und Medien werden von Bildern der Zukunft dominiert, die allzu oft technokratisch und dystopisch sind. Häufig sieht man zum Beispiel Darstellungen von Städten der Zukunft und fragt sich, wo eigentlich die Menschen sind. Mit solchen der Fantasie entsprungenen Dystopien oder Technokratien verfestigen wir in unserer Vorstellung – bewusst oder unbewusst – eine dystopische, technokratische Idee oder Vision der Zukunft. Somit steht unsere Vorstellung einer Zukunft ohne fossile Energien unter dem Zeichen von Angst und negativen Bildern.

Wenn die Welt ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hinter sich lassen und Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels aufbauen soll, muss sich jeder Aspekt des Lebens deutlich verändern. Dies wird beeinflussen, wie wir mit der uns umgebenden Welt interagieren und uns selbst, unsere Gemeinschaften und sogar unsere kulturelle Identität wahrnehmen. Trotzdem verbringen wir letztendlich sehr wenig Zeit mit der Schaffung von Visionen, die auf unseren Wünschen oder Hoffnungen beruhen. Noch seltener finden derartige visionäre Prozesse Eingang in Regierungsprozesse. Zwar kommen im Sinne einer besseren Planung Techniken wie Prognosen oder Szenarien zum Einsatz, aber oft gehen diese Visionen nicht von den Bürgerinnen und Bürgern aus und werden nicht im kollaborativen Rahmen geschaffen. Häufig sind sie auch zu technologie- oder wissenschaftslastig und beruhen derart auf theoretisch abgeleiteten Konzepten, dass sie nicht berücksichtigen, wie der Alltag aussehen oder sich verändern würde. Mit kreativen Methoden bei der Zukunftsgestaltung können wir nicht nur gemeinsam die Zukunft aufbauen, sondern uns auch psychisch auf die vor uns liegenden Veränderungen vorbereiten.

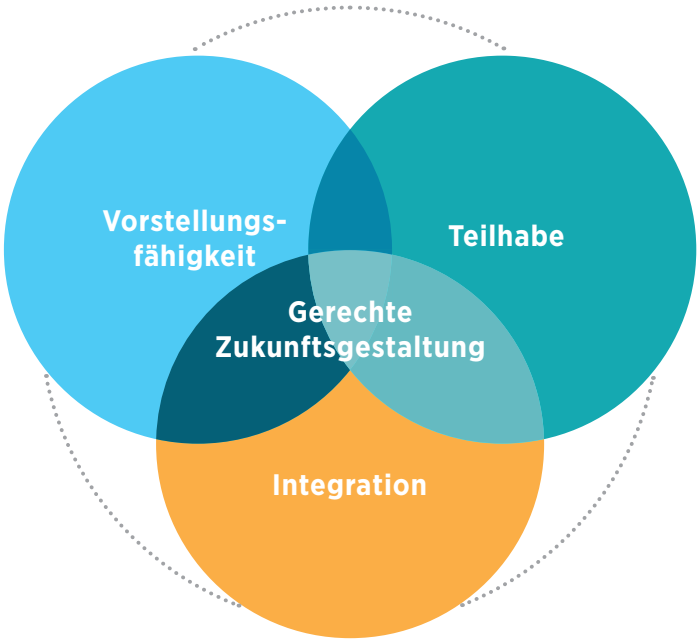

Abbildung 2:
Visualisierung der Schnittmengen von Vorstellungsfähigkeit, Teilhabe und Integration bei einer gerechten Zukunftsgestaltung.

Quelle:
Elizabeth Dirth

[4] Eine weiterführende Diskussion verschiedener Arten von Teilhaben finden sich bei Arnstein (1969) und Newig & Fritsch (2009).

Integration: Die politischen Entscheidungsträger/-innen sollten dem Kontext angepasste Methoden verwenden, um die Zukunft in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Ein wirksames Mittel, die Regierungsarbeit neu auf die Zukunft und auf die Gerechtigkeit für zukünftige Generationen auszurichten, ist die Reform bestehender Mechanismen durch bessere integrative Prozesse anstelle der Schaffung neuer Einrichtungen oder Regierungsprozesse. Dazu können neue integrative Elemente beispielsweise in die Prozesse für Haushaltskontrollen eingebettet oder die Aufgabenbereiche vorhandener Prozesse oder Organe reformiert werden. Diese Empfehlung beruht auf zwei Grundsätzen: Erstens sind dem Kontext angepasste Ansätze oft am wirkungsvollsten; und zweitens lösen zusätzliche Regierungs-, Bürokratie- und Verwaltungsprozesse ein Problem nicht immer am erfolgreichsten. Mit den drei folgenden Möglichkeiten lässt sich der integrative Ansatz in bestehenden Prozessen verwirklichen: Einführung zusätzlicher Bewertungsinstrumente für Prozesse der politischen Entscheidungsfindung oder Gesetzgebung, Einbeziehung von Anliegen zukünftiger Generationen in die Aufgabenbereiche jedes Ministeriums sowie Reform von Messgrößen und Kennzahlen.[5]

Zur Integration der Zukunft in die Entscheidungsfindung können bestehende Prozesse für Gesetzgebung, politische Strategien und Haushaltsplanung **um Bewertungsinstrumente oder Kontrollen ergänzt werden**, die die längerfristigen Folgen messen. Derartige Bewertungsinstrumente und Kontrollen sind idealerweise so zu gestalten, dass sie einen starken Einfluss haben und in manchen Fällen sogar mit vetoähnlichen Rechten ausgestattet sind. Außerdem können sie partizipatorische Aspekte in Form einer Beurteilung durch Bürger/-innen, einer Einbindung der jungen Generation oder eines Beratschlagungsprozesses umfassen.

Ein Beispiel dafür ist das jüngst entwickelte Instrument zur Folgenabschätzung für nachhaltige Entwicklung des schottischen Parlaments. Es handelt sich um einen zusätzlichen Schritt in einem bereits bestehenden Prozess für den Entwurf von Gesetzen und in Kontrollverfahren. Damit soll sichergestellt werden, dass neue Vorschriften die nachhaltige Entwicklung fördern statt verhindern.

[5] Auch andere Prozesse wären diesem Ziel zuträglich, doch die drei genannten wurden im Verlauf der Forschung als besonders wichtig eingestuft und im Zukunftsinstrumentarium vorgestellt.

Eine weitere Möglichkeit ist die Integration langfristiger Anliegen in den Aufgabenbereich jedes Ministeriums. Statt also die Verantwortung für langfristige Erwägungen einer gesonderten Einheit zuzuweisen, würde jedes Ministerium dazu verpflichtet, die Zukunftsfolgen seines Politikbereichs (und sogar darüber hinaus) zu bewerten. Zum Beispiel kann die Wirtschaftspolitik langfristige Folgen wie Umweltzerstörung oder Klimawandel nach sich ziehen. Zusätzlich sollten Schritte eingeleitet werden, die die Koordination und Kohärenz zwischen den Ministerien gewährleisten. So wäre eine ganzheitliche Beratung, Erörterung und Abstimmung zur Frage, wie die grundlegenden Ursachen komplexer, multidimensionaler, langfristiger Probleme in Angriff zu nehmen sind, möglich. Dieser Ansatz könnte durch die Festlegung einer zuständigen Stelle und eines Koordinationsorgans weiter aufgewertet werden. Im Sinne der Rechenschaftsablegung und der Legitimität des Prozesses könnten auch externe Beurteilungen durch Fachleute und junge Menschen in den Prozess integriert und die Ergebnisse der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Eine dritte Möglichkeit, das Prinzip der Integration in die Praxis umzusetzen, ist die **Reform von Kennzahlen und Messgrößen** für Fortschritt. Denn Kennzahlen und Messgrößen bestimmen darüber, wie wir bewusst und unbewusst Erfolg definieren, und prägen unsere Arbeitsweise. Kennzahlen können so angepasst werden, dass sie langfristige Aspekte und Fortschritte der gesellschaftlichen Entwicklung widerspiegeln. Gleichzeitig oder alternativ dazu könnten kurzfristige Messgrößen abgeschafft werden. Zudem könnten im Rahmen eines Prozesses zur Visionsentwicklung langfristige visionäre Meilensteine aufgestellt und in Fortschrittsmessungen für die gesamte Regierungsarbeit integriert werden. Dies erfordert allerdings die Anerkennung neuer Messgrößen als Alternative zum derzeit vorherrschenden BIP.

Unter Umständen sind sogar alle genannten Schritte notwendig, damit die Anliegen zukünftiger Generationen erfolgreich in die Entscheidungsfindung integriert und die alte Gewohnheit des kurzfristigen Denkens abgelegt werden können.

Die walisische Regierung stellte im Rahmen ihrer Pflichten aus dem Gesetz zum Wohlergehen künftiger Generationen (Well-Being for Future Generations Act) 7 Ziele und 46 Kennzahlen auf, nach denen sie handeln muss. Diese neuen Ziele und Kennzahlen verändern das Fortschrittskonzept und geben dem Land im Rahmen gesetzlicher Pflichten gegenüber zukünftigen Generationen den Kurs und neue Arbeitsweisen vor. Gleichzeitig werden Vorgehensweisen und Anliegen formuliert, deren Umsetzung nicht sämtlichen öffentlichen Organen vorgeschrieben ist.

Teilhabe: Die politischen Entscheidungsträger/-innen sollten zukunftsorientierte partizipatorische Prozesse einsetzen, die als Grundlage und Maßstab für ihre Entscheidungen dienen.

Partizipatorische und beratschlagende Prozesse können sowohl die Entscheidungsfindung als auch die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Regierung und an politischen Prozessen verbessern. Beratschlagende Prozesse sind eine etablierte Methode für die Konsensbildung bei schwierigen Themen und für die Erweiterung der Sichtweisen auf eine besondere Herausforderung. Bei vielen Einsätzen derartiger Methoden zeigt sich, dass der beratschlagende Prozess die Sichtweise und den Zeithorizont der Teilnehmenden über ihre eigenen, isolierten, unmittelbaren Anliegen hinaus erweitert und dass ein umfassenderes Verständnis des gesellschaftlichen Nutzens und der Perspektiven und Bedürfnisse anderer Menschen entsteht.

Partizipatorische Prozesse können das Engagement für ein bestimmtes Politikfeld oder Problem sowie die Identifizierung damit stärken. Dabei kann es sich entweder um beratschlagende bzw. partizipatorische Prozesse handeln, die speziell auf junge Menschen abgestimmt sind, oder um die gesamte Gesellschaft einbeziehende Methoden wie Bürgerversammlungen. Voraussetzung für den Erfolg dieser Methoden ist es allerdings, dass von Anfang an adäquat mit den Erwartungen umgegangen wird. Außerdem müssen die Prozesse auf eine Art und Weise gestaltet werden, die für die gewünschten Ergebnisse geeignet ist.

Einbeziehung der jungen Generation vs. der allgemeinen Bevölkerung

Bei der Frage, ob für Entscheidungsfindungen die Energie und Perspektive der jungen Generation oder aber die Vorteile allgemeinerer, die gesamte Bevölkerung einbeziehender beratschlagender Prozesse und Konsensbildung genutzt werden sollen, ist ein Zielkonflikt auszubalancieren. Dabei ist es wichtig, die spezifischen Rollen und Werte der Teilnehmenden und die spezifische Gestaltung des durchzuführenden Prozesses zu erkennen. Jüngeren Menschen fällt es eventuell leichter, sich ihre Zukunft mit bildhaften Visionen vorzustellen, aber auf junge Menschen beschränkte partizipatorische Prozesse werden wahrscheinlich nicht die ganze Palette an Bedürfnissen, Herausforderungen und Perspektiven abbilden, die in der Gesamtbevölkerung vorhanden sind. Anders herum können beratschlagende Prozesse unter bestimmten kulturellen Bedingungen zwar die Konsensbildung bei schwierigen Themen sowie eine langfristigere Denkweise fördern, aber es besteht die Gefahr, dass die Stimmen von jungen Menschen und ausgegrenzten Gesellschaftsgruppen untergehen. Solchen Prozessen würde es dann an Kreativität und von der Realität losgelöstem Denken mangeln.

Das Zukunftsinstrumentarium sieht zwei spezifische Optionen für partizipatorische Prozesse vor. Gleichzeitig enthält jeder der sechs Prozesse für gerechte Zukunftsgestaltung als wesentliches Merkmal einer zukunftsorientierten Regierungsweise ein partizipatorisches Element.

Ein **zukunftsorientierter Multi-Stakeholder-Beirat**, der die Regierung berät, Empfehlungen abgibt und eine zusätzliche Prüfung von Strategien und Gesetzgebung durchführt, könnte zu einer besseren Integration der Anliegen von zukünftigen Generationen in die Entscheidungsfindung beitragen. Der Beirat würde Vertreter/-innen wichtiger Stakeholder umfassen, darunter etwa der jungen Generation,

zukünftiger Generationen (möglicherweise in Form eines leeren Stuhls) und unterschiedlicher demografischer Gruppen, sowie – was besonders wichtig ist – überparteilich gewählte Vertreter/-innen. Es wäre fest vorgegeben, in welcher Art und Weise die Ergebnisse des Beirats von Regierung, Parlament und Ausschüssen zu berücksichtigen sind.

Ein derartiger Mechanismus wäre in vielen Fällen ein neues institutionelles Element und müsste in geeigneter Weise in den jeweiligen Kontext integriert werden, damit er eine sinnvolle Wirkung entfalten kann. Wichtig ist, dass der Beirat innerhalb des Regierungssystems mit angemessenen Befugnissen ausgestattet und derart gestaltet ist, dass er langfristig auch Veränderungen der Politik und Regierung überlebt. Auch Fragen von Zuständigkeit und Legitimität innerhalb des Beirats müssen sorgfältig erwogen werden. Den Fachleuten, die dem Beirat seine wissenschaftliche Legitimität verleihen, wird vielleicht eine stärkere Autorität beigemessen als den übrigen Beteiligten. Dennoch sollte jeder Multi-Stakeholder-Beirat die demografische Diversität widerspiegeln und nicht einfach die gesellschaftlichen Ungleichheiten und Machtdynamiken nachbilden.

Prozesse zur Beteiligung beratschlagender Bürger/-innen (in der Größenordnung von themenorientierten Mini-Ausschüssen bzw. „Mini-Publics“ bis hin zu landesweiten Bürgerversammlungen) können Konsensbildung und längerfristiges Denken ebenfalls erleichtern. Die Ergebnisse, Entscheidungen oder Ideen, die aus solchen Prozessen hervorgehen, können mit konkreten Empfehlungen, verbindlichen Vorschlägen für die Regierung oder anderen für den Kontext relevanten Ergebnissen zur Entscheidungsfindung beitragen. Gegenstand können spezifische Fragen oder Themen oder auch eine allgemeinere Vision der Zukunft sein. Außerdem ist die genaue Abbildung der demografischen Gegebenheiten (einschließlich junger Menschen und zukünftiger Generationen) ein wesentlicher Faktor für den Erfolg und die Legitimität derartiger Prozesse. and future generations, is crucial to the success and legitimacy of such processes.

Ein Workshop der 2050 Climate Group mit dem Ziel, jungen Menschen die Teilhabe an politischen Prozessen rund um den Klimawandel zu ermöglichen | Quelle: 2050 Climate Group 2019

Vorstellungsfähigkeit: Die politischen Entscheidungsträger/-innen sollten kreative, einfallsreiche Techniken nutzen, um sich mit der Zukunft zu befassen und eine neue kollektive kulturelle Vorstellungsfähigkeit aufzubauen.

Wie können wir herausfinden, wie eine Zukunft ohne fossile Energien aussehen kann? Wir müssen sie uns zunächst einmal vorstellen. Es ist wirklich erstaunlich, wie oft wir Langzeitszenarien und die vom Klimawandel geprägte Zukunft mittels Grafiken, Modellen und Zahlen darstellen wollen, obwohl dies für die meisten Menschen keine Vision und kein tatsächliches Verständnis davon schafft, wie die Welt einmal aussehen könnte.

Positive Visionen der Zukunft

Dazu kommt, dass wir Modelle oder Szenarien so behandeln, als würden sie die Zukunft voraussagen. In Wirklichkeit stellen sie nur Alternativen dar. Bildhafte Vorstellungen der Zukunft sind oft eine Art Science-Fiction. Sie sind tendenziell extrem technologieorientiert und/oder dystopisch. Was uns heute fehlt, ist eine kollektive kulturelle Vorstellung einer positiven, menschenorientierten Zukunft, auf die wir hinarbeiten können. Teil des Problems ist, dass die Bürgerinnen und Bürger keine Gelegenheit haben, darüber zu sprechen, und dass von den Politikern/Politikerinnen und Regierungen nicht erwartet wird, entsprechende Überlegungen anzustellen oder ihre Vision mit der Wählerschaft zu teilen. Stattdessen werden kurzfristige politische Strategien und Entscheidungen ohne Bewusstsein für einen längerfristigen Kurs umgesetzt – und vielleicht sogar ohne eine Ahnung davon, wie die längerfristige Zukunft aussehen könnte.

Als Bestandteil jedes neuen Regierungsprogramms könnte die Regierung landesweit einen **partizipatorischen zukunftsorientierten Visionierungsprozess** durchführen, bei dem die Bürger/-innen entsprechend der demografischen Verteilung und der Diversität der Gesellschaft zusammentreten würden. In der Folge müssten den Menschen eindeutige Verbindungen zwischen dem Regierungsprogramm und der Vision der Bürger/-innen kommuniziert werden. Auf diese Weise würde den gewählten Volksvertreter/-innen Verantwortung nicht nur für die gegenwärtigen Bedürfnisse der Bürger/-innen, sondern auch für das Hinarbeiten auf die gewünschte Zukunft übertragen.

Von den politischen Parteien bzw. Kandidat/-innen würde dann erwartet, dass sie öffentlich einsehbare **Zukunftsprogramme** haben. So würden langfristige Perspektiven sichtbar in die Regierungsarbeit integriert, und die öffentliche Verantwortung für die Zukunft bekäme mehr Gewicht. Sobald derartige Methoden in Regierungsprozesse integriert sind, tragen sie dazu bei, dass sich die gewählten Volksvertreter/-innen mit der an den Bürgerinnen und Bürgern orientierten Zukunft beschäftigen – vielleicht sogar in dem Maße, dass die Zukunftsvisionen der Bürger/-innen so stark eingeplant werden wie die Mittel des Staatshaushalts. Solche Visionen bieten weitere Einblicke in die Werte, Wahrnehmungen und Vorstellungen der Wählerschaft.

Ausweitung des Zeithorizonts

Manchmal wird kritisiert, dass unsere Regierungssysteme unter anderem deshalb so kurzsichtig sind, weil die Bürger/-innen genauso kurzsichtig denken. Doch der vorstehend beschriebene Prozess kann sowohl die Regierungsprozesse als auch die Vorstellungen der Bürger/-innen auf die Zukunft ausrichten.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Im vorliegenden Policy Brief habe ich drei wichtige Grundsätze für Regierungsprozesse vorgeschlagen, die die Gerechtigkeit unserer politischen Systeme gegenüber zukünftigen Generationen stärken könnten. Ich habe den Kern des Dilemmas und der Forderungen von Fridays for Future untersucht: die wahrgenommene Ungerechtigkeit, weil die jungen Menschen und kommende Generationen ein langfristiges Problem erben werden, das sie nicht verursacht haben – den Klimawandel. Auf diese Bewegung zu reagieren heißt, das Problem, das die jungen Menschen erwartet, in vollem Umfang anzuerkennen. Dazu müssen wir wiederum unsere Regierungsprozesse überprüfen und die Ursachen für die heutige Situation analysieren, damit eine Lösung möglich wird.

Die Klimakrise wird nicht dadurch gelöst, dass man einem jungen Menschen ein Mikrofon in die Hand drückt. Denn natürlich können wir die Stimmen der jungen Menschen immer und immer wieder erschallen lassen, aber irgendwann müssen wir auch anfangen, tatsächlich anders zu handeln. Dafür habe ich drei zentrale Grundsätze vorgeschlagen: Integration, Teilhabe und Vorstellungsfähigkeit. Für die benötigten Veränderungen müssen wir die Forderungen der jungen Menschen zunächst ernst nehmen und dann in sinnvoller, dem Maßstab und der Dringlichkeit angemessener Weise darauf reagieren.

Es gibt bereits Anzeichen dafür, dass die ersten beiden der drei Grundsätze beginnen, die Art und Weise zu verändern, wie die Gesellschaft regiert wird. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) sind wohl die ersten internationalen Politikinstrumente, die die Konzepte Integration und Politikkohärenz priorisieren und institutionalisieren. Mit der Forderung, dass niemand zurückgelassen werden dürfe, weisen sie zudem auf den Wert der Teilhabe hin, auch wenn dieser in den Zielen selbst noch nicht vollständig ausgestaltet ist. Diese zwei wichtigen Pfeiler der SDGs sind auch Pfeiler einer gerechten Zukunftsgestaltung. Vorstellungsfähigkeit hingegen spielt in den SDGs noch keine Rolle.

Zwar bieten die SDGs ein zu erreichendes Rahmenwerk, aber sie beschreiben keine Vision der Gesellschaft. Die SDGs sind in keinerlei Hinsicht auf eine neue kollektive kulturelle Vorstellungswelt für die Zukunft ausgerichtet, auf die mit den Zielen und Unterzielen hingearbeitet werden müsste. Die SDGs zeigen Ziele auf, aber kein Gesamtbild. Doch wenn jedes Ziel nur ein Aspekt unserer zukünftigen Gesellschaft ist, welches Gesamtbild ergibt sich dann? Wer erschafft es? Wie? Diese Fragen sind entscheidend.

Als abschließenden Schritt müssen wir vielleicht die bereits umgesetzten Einrichtungen und Prozesse noch einmal überprüfen. Zum Beispiel gibt es in Deutschland eine Reihe von Einrichtungen[6], die von der Wissenschaft und von Fachleuten außerhalb des deutschen Kontexts als „ideal" für den Umgang mit langfristiger Entscheidungsfindung beschrieben werden. Allerdings kommen Personen, die die Funktionsweise dieser Einrichtungen aus eigener Erfahrung kennen, nicht immer zum gleichen Schluss. Würden diese an Nachhaltigkeit orientierten Einrichtungen effizient funktionieren, sähen die politische Landschaft und die praktische Realität in Deutschland völlig anders aus. Was läuft hier schief? Nur eine genaue Analyse der Einrichtungen, ihrer Ziele, ihrer Gestaltung und ihrer Gegebenheiten könnte diese Frage beantworten. Wir müssen aber anerkennen, dass Reflexivität und Anpassungsfähigkeit in die Prozesse für Integration, Teilhabe und Vorstellungsfähigkeit eingebettet sein müssen, damit langfristig eine gute Regierungsführung möglich ist, die auch die Zukunft berücksichtigt. Und wir müssen zu Änderungen bereit sein, wenn sich herausstellt, dass ein Mechanismus seine Ziele verfehlt. Nur dem Kontext angepasste, integrierte, partizipatorische Prozesse, die auf einer kollektiven kulturellen Vorstellungsfähigkeit aufbauen, sind in der Lage, eine Lösung für die aktuelle Krise herbeizuführen.

[6] Ein in diesem Zusammenhang oft genanntes Beispiel ist der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages.

About the authors

© Privat

Elizabeth Dirth war Fellow am IASS, wo sie das vorliegend beschriebene Instrumentarium entwickelt hat. Dabei stützte sie sich auf drei Jahre Forschung zu intergenerationeller Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und Governance. Zuvor war Elizabeth Dirth für das Copernicus Institute for Sustainable Development der Universität Utrecht tätig. Außerdem war sie Gründerin und Redaktionsleiterin der neuen Open-Access-Zeitschrift Earth System Governance und Koordinatorin der Planetary Justice Taskforce des Projekts Earth System Governance. Vor ihrem Eintritt in die Forschung war Elizabeth Dirth fünf Jahre im Bereich Kapazitätsaufbau für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz bei der lokalen Regierung, im öffentlichen Sektor sowie bei kommunalen Organisationen in Schottland tätig. Außerdem arbeitet sie für ihr Unternehmen Just Future-Making als unabhängige Beraterin zu unterschiedlichen Themen wie Governance für die SDGs, Facilitation und Teilhabe. Des Weiteren war sie an der Gründung der 2050 Climate Group beteiligt, deren Präsidentin sie war. Dabei leitete sie die rasche Entwicklung der Organisation zu einer international anerkannten und preisgekrönten NGO in weniger als drei Jahren.

Weiterführende Literatur

Arnstein, S. R. (1969): A ladder of citizen participation. Journal of the American Institute of planners, 35(4), 216–224.

Boston, J., & Berman, E. (2017): Governing for the future: Designing democratic institutions for a better tomorrow. Emerald, Bingley, England.

Dirth, E. (2018): Governance for Future Generations: A Global Review of the Implementation of Intergenerational Equity. Utrecht University.

Dirth, E. (2020): What about the people that already live there? Intersections of climate change and social justice. Amnesty International Strategic Studies Series.

González-Ricoy, I., & Gosseries, A. (eds.). (2016): Institutions for future generations. Oxford University Press.

Hajer, M. A., & Pelzer, P. (2018): 2050 – An Energetic Odyssey: Understanding 'Techniques of Futuring' in the transition towards renewable energy. Energy research & social science, 44, 222–231.

IPCC (2018): Summary for Policymakers. In: Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty, World Meteorological Organization, Geneva.

Kelz, R. (2019 online): Thinking about future/democracy. Towards a political theory of futurity. – Sustainability science.DOI: http://doi.org/10.1007/s11625-019-00697-6

Knappe, H., Holfelder, A.-K., Löw Beer, D., Nanz, P. (2018): The politics of making and un-making (sustainable) futures. - Sustainability science, 13, 2, p. 273–274.DOI: http://doi.org/10.1007/s11625-018-0541-x

Nanz, P., Leggewie, C. (2019): No Representation Without Consultation. A Citizen's Guide to Participatory Democracy, Toronto : Between the Lines, 160 p.

Newig, J., & Fritsch, O. (2009): Environmental governance: participatory, multi-level and effective?. *Environmental policy and governance*, 19(3), 197–214.

Niestroy, I. Hege, E. Dirth, E., Zondervan, R. (2019): Europe's approach to implementing the Sustainable Development Goals: good practices and the way forward. Directorate-General for External Policies, European Union, Brussels.

OECD (2019): Policy Coherence for Sustainable Development 2019: Empowering People and Ensuring Inclusiveness and Equality, OECD Publishing, Paris.

Ramos, J., Sweeney, J., Peach, K., Smit, L. (2019). Out futures: by the people, for the people: How mass involvement in shaping the future can solve complex problems. Nesta.

United Nations Secretary-General. (2013): Intergenerational solidarity and the needs of future generations. United Nations General Assembly.

Weiss, E. (1989): In Fairness to Future Generations: International Law, Common Patrimony, and Intergenerational Equity. Tokyo: The United Nations University.

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) e. V.

Das IASS forscht mit dem Ziel, Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft aufzuzeigen, zu befördern und zu gestalten, in Deutschland wie global. Der Forschungsansatz des Instituts ist transdisziplinär, transformativ und ko-kreativ: Die Entwicklung des Problemverständnisses und der Lösungsoptionen erfolgen in Kooperationen zwischen den Wissenschaften, der Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein starkes nationales und internationales Partnernetzwerk unterstützt die Arbeit des Instituts. Zentrale Forschungsthemen sind u.a. die Energiewende, aufkommende Technologien, Klimawandel, Luftqualität, systemische Risiken, Governance und Partizipation sowie Kulturen der Transformation. Gefördert wird das Institut von den Forschungsministerien des Bundes und des Landes Brandenburg.

IASS Policy Brief 1/2020
Januar 2020

Institute for Advanced Sustainability Studies e. V.

Addresse:
Berliner Straße 130
14467 Potsdam
Tel: +49 (0) 331-28822-300
Fax: +49 (0) 331-28822-310
E-Mail: media@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de/en

Redaktion: Jonas Brandhorst

ViSdP:
Prof. Dr. Ortwin Renn,
Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor

DOI: 10.2312/iass.2020.002
ISSN: 2196-9221

FSC www.fsc.org FSC® C143123
Das Zeichen für verantwortungsvolle Waldwirtschaft

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung

FONA Forschung für nachhaltige Entwicklungen
BMBF

LAND BRANDENBURG
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

CC BY SA